

Christian Levrat

Rede anlässlich der Gedenkfeier „100 Jahre sozialistischer Friedenskongress“ im Basler Münster, 24. November 2012

[Anrede]

Es bleibt mir zum Abschluss dieser eindrücklichen Gedenkfeier, allen Mitwirkenden sehr herzlich zu danken:

- den Referentinnen und Referenten, die teilweise von sehr weit her angereist sind;
- dem Kirchengemeinderat der evangelisch-reformierten Kirche Basel-Stadt, der – wie bereits für den sozialistischen Friedenskongress von 1912 – das Basler Münster für eine Veranstaltung der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in Europa zur Verfügung gestellt hat;
- der Stiftung für Sozialgeschichte Osteuropas, dem Departement Geschichte und dem Soziologischen Institut der Universität Basel, dass sie dem 100-Jahre-Jubiläum des sozialistischen Friedenskongresses eine so umfassende wissenschaftliche Tagung gewidmet haben;
- dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, der den Apéro offeriert, der anschliessend im Münstersaal ausgegeben wird und zu dem Sie alle sehr herzlich eingeladen sind;
- und den Kantonalparteien Basel-Stadt und Baselland als Hauptorganisatoren dieser Veranstaltung.

Es war und ist mir als Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz stets ein grosses Anliegen, über die an Höhen und Tiefen reiche historische Dimension unserer Partei kritisch nachzudenken und daraus die richtigen Schlüsse für unser Handeln in der Gegenwart und Zukunft zu ziehen.

So darf ich Sie bereits an dieser Stelle auf das grosse Jubiläumsfest hinweisen, dass die SP Schweiz im kommenden Jahr zu ihrem 125-jährigen Bestehen durchführen wird.

Mit Blick auf die heutige Gedenkfeier hörte ich teilweise die Einschätzung, die Friedensfrage sei heute doch höchstens noch zweit- oder dritrangig. Ähnliches nahm ich wahr, als Verschiedene mit Unverständnis auf die Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU reagierten.

Gerne gebe ich zu, dass die Mobilisierung der Friedensbewegung heute geringer ist als 1982. Damals hat die SP Schweiz zum 70-Jahre-Jubiläum des sozialistischen Friedenskongresses von 1912 – auch bereits hier im Basler Münster – eine grosse Gedenkfeier durchgeführt.

Die Gewaltfrage stellt sich heute aber nicht weniger dringend, wenn auch völlig anders als damals im Kalten Krieg: denken wir an die Gewalt und das Flüchtlingselend in Syrien; den brüchigen Waffenstillstand zwischen der israelischen Regierung und der Hamas in Gaza; oder an die unerfüllten Hoffnungen des arabischen Frühlings – nicht zu reden vom opferreichen Bürgerkrieg im Ostkongo, der uns nicht gleichgültig sein darf, und die noch zahlreicheren Opfer von privatisierter Gewalt, wie Erhard Eppler eindrücklich dargestellt hat.

Es geht dabei nicht allein um scheinbar fernliegende Regionen. Auch innerhalb Europas hat das marktradikale Prinzip, wie es Erhard Eppler nennt, eine sozial derart zerstörerische Kraft entfaltet, dass wir nicht mehr sicher sein können, ob der europäische Integrationsprozess und damit das Friedenswerk Europa einfach unumkehrbar sind.

So wie 1912 der Leitspruch „Krieg dem Krieg“ eine mutige Parole war, als Nationalismus und Chauvinismus um sich griffen, sind wir auch heute wieder gefordert, tragfähige Friedensvisionen zu entwickeln.

Wenn ich mir das heute Gehörte nochmals in Erinnerung rufe, so denke ich, dass folgende drei Elemente für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wegleitend sind:

1. Wir stehen für die internationale Zusammenarbeit ein und lehnen jede Form des Nationalismus ab. Es ist oft nicht einfach, den nationalen Egoismen die Unverzichtbarkeit der internationalen Solidarität entgegenzusetzen. Umso mehr betrachtet dies die SP als ihre Aufgabe, hier standfest zu bleiben.
2. Ebenso klar ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass es keinen Frieden ohne soziale Gerechtigkeit gibt. Eine blindwütige Sparpolitik in Europa gefährdet nicht allein den sozialen Zusammenhang, sondern letztlich auch die Friedensfähigkeit. Ebenso wird es in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten keinen Frieden ohne Perspektive auf Demokratie und soziale Entwicklung geben.
3. Letztlich geht es uns darum, dass sowohl innerhalb einzelner Staaten als auch auf europäischer und globaler Ebene Politik und Recht das Sagen haben und nicht ein entfesselter Marktradikalismus. Es ist deshalb nicht allein eine soziale, sondern gleichzeitig eine friedenspolitische Tragödie, wenn die Europäische Union, dem wichtigsten Motor der europäischen Integration, gleichzeitig für die sozial zerstörerische Durchsetzung der Sparpolitik einsteht. Umso wichtiger ist es, dass wir nicht aufhören, die soziale Frage nicht national, sondern international zu stellen und fortfahren, die EU-Beitrittsfrage mit dem Kampf für ein soziales Europa zu verbinden.

Ich danke Ihnen für Ihr Kommen und freue mich, wenn ich Sie nun im Münstersaal noch beim Apero persönlich treffen werde.